bälger, Petroleum und Salz durch eine Reichseinkommensteuer auf Einkommen von über 6000 M., oder durch eine Steuer auf Nachlässe von über 20 000 M. ersetzt.

13.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag mit größter Beschleunigung eine Novelle zum Gesetze betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 vorzulegen, durch welche die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch, Büchsenfleisch und Wurst ermöglicht wird.

14.

Der Reichstag wolle beschließen:

dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen.

Einziger Artikel.

Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:

In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem jeder Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

15.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf betreffend Regelung des Wohnungswesens vorzulegen; insbesondere Normativ-Bestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion sowie Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes.

16.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Reichsversicherungsordnung so geändert wird, daß

1. den Versicherten in den Ortskrankenkassen ein Selbstverwaltungsrecht in dem Umfang gegeben wird, wie es im Krankenversicherungsgesetz gegeben war,
2. die Versicherungsämter selbständige Behörden werden,
3. die Versicherungsvertreter und Beisitzer bei den Versicherungsbehörden von den Versicherten und den Unternehmern in getrennten Wahlgängen mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden,
4. die Krankenversicherung auf alle Angestellten mit einem Jahresgehalte von weniger als 5000 M. ausgedehnt wird,
5. in allen Versicherungszweigen der volle Arbeitsverdienst der Versicherung zugrunde gelegt wird,
6. allgemeine Ortskrankenkassen die alleinigen Träger der Krankenversicherung werden,
7. Erleichterung zur Erlangung und Erhöhung der Bezüge, insbesondere:
   a) größere Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen,
   b) Erklärung der sogenannten Gewerbekrankheiten einschließlich der klimatischen Krankheiten der Seeleute als Betriebsunfall,
   c) Erleichterung zur Erlangung der Invalidenrente,
   d) Gewährung der Altersrenten bei Vollendung des 65. Lebensjahres,
   e) Erhöhung der Hinterbliebenenrente,
8. eine andere Verteilung der Lasten durch größere Bereitstellung von Reichsmitteln herbeigeführt wird.

17.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

18.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das gesamte Schulwesen des Deutschen Reichs auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Unentgeltlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien eines zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt.

19.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den eine obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen durchgeführt wird.

20.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden.

21.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald eine Gesetzesvorlage zugehen zu lassen durch welche eine Reichsbehörde gebildet wird zur Untersuchung von Unfällen beim Bergbau und zur Anordnung von vorbeugenden Maßnahmen gegen Unfälle.

Die Untersuchungsbehörde soll bestehen:

a) aus dem Bundesrate zu ernennenden Sachverständigen des Bergbaues,
b) aus vom Reichstage zu wählenden Beisitzern,
c) aus von den Bergarbeitern zu wählenden Vertrauensleuten.

22.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund von § 120 der Gewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, welche

1. für die in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter die Dauer der Arbeitsschicht auf 8 Stunden des Tages beschränkt und in Glashütten die Nachtarbeit an den Glasöfen behufs Verarbeitung der Glasmasse und an den Strecköfen das Strecken verbietet;
2. in Glashütten den Arbeitern an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Betriebs an den Oefen, allgemein verbietet und anordnet, daß an Wochentagen die Arbeit an Glas- und Streköfen, bei denen Schichtwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden darf.

23.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner dadurch möglichst bald zu regeln, daß diese Verkehrsbediensteten der Gewerbeordnung unterstellt werden. Im einzelnen wird für diese Regelung mindestens gefordert:

1. der tägliche Achtstundendienst,
2. eine regelmäßige 36stündige Ruhezeit in der Woche,
3. freies Koalitionsrecht und
4. staatliche Gewerbeaufsicht für das gesamte Fahrpersonal der Straßenbahnen.

* * *

Weitere Anträge betreffen:

Schutz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter, Schutz der in Hochöfen, Bessemer-, Thomas-, Martin-, Puddel-, Walz-, Hammer-, und Preßwerken sowie anderen Verfeinerungsbetrieben der Hütteninduſtrie beschäftigten Arbeiter. Vorschriften betr. die für gewerbliche und andere Unternehmungen errichteten Pensionskassen.

Aenderungen des Strafgesetzbuches, Milderungen der Strafbestimmungen bei Diebstahl und Betrieb aus Not, Hausfriedensbruch usw. Aenderungen des Gesetzes betr. Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes.

Einsetzung von Informationskommissionen durch den Reichstag. Anträge betr. Stärkung der Befugnisse des Reichstages bei Kriegserklärung. Konsularverantwortlichkeit und Staatsgerichtshof. Sicherung der Immunität der Reichstagsabgeordneten.

Deutsches Reich.

Gegen Mummpitz und Verfassungsbruch.

Die seltsamen Bußreden, die der Reichskanzler, Graf Posadowsky und der Lizentiate Mumm am Freitag bei der Etatsberatung gehalten haben, lehnte in der gestrigen Fortsetzung der Debatte Genosse Ledebour für die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ab. Das überwältigende Vertrauensvotum des Volkes bei den jüngsten Wahlen hat uns wohl ein Recht gegeben, unsere Prinzipien und unsere bisherige Taktik unerschütterlich weiter zu verfolgen und unbeirrt durch die kleinlichen und gehässigen Einwendungen sündiger bürgerlicher Bußprediger sie wie bisher leidenschaftlich zu propagieren. Mit Recht sprach Genosse Ledebour nur wenig über die dürftigen Vorwürfe, die man aus dem Rest des Reichsverbandsmaterials noch gegen uns geschöpft hat, die Junker haben uns Terrorismus vorgeworfen, dieselben Junker, die kaum ein einziges Mandat ohne die Anwendung der schlimmsten Gewaltherrschaft und des schnödesten Wahlbetruges erlangt hätten, die am liebsten den ganzen Staat umwandeln möchten in ein einziges großes Instrument zwangsweiser Unterdrückung der Arbeiterklasse. Der Lizentiate mit den Posaunenengelbacken hat zur Abwechslung uns nicht als Zerstörer der Kirche und Religion hingestellt, sondern als fromme Psalmensänger, die mit dem Gesange „Ringe recht um Gottes Gnade" ihre Versammlungen einleiteten und die Wähler täuschten. Ledebour stellte fest, daß die ganze schöne Geschichte den Nachteil hat, nicht wahr zu sein; sie ist eine christlichsoziale Wahllüge. Graf Posadowsky hat hochnotige Bemerkungen über die Aufklärung der sozialdemokratischen Wähler und die Belehrung der Arbeiter, über die Unmöglichkeit unserer Programmforderungen dahergeredet; in seinen Wahlversammlungen hat er diese Aufklärung in der Weise betrieben, daß er höchstens 10 Minuten Redezeit gegeben hat. Bei solcher „Tapferkeit" macht man natürlich auf die Wähler einen tiefen Eindruck, wobei allerdings zweifelhaft ist, ob bei freier Redezeit des Grafen Posadowsky Aufklärungsarbeit nicht noch übler für ihn ausgelaufen wäre. Den ganzen traurigen Mummenschanz der Besiegten des Wahlkampfes, die den Siegern beibringen wollen, wie man kämpfen muß, tat ein vom Genossen Ledebour provozierter Zwischenruf aus unseren Reihen als Mummpitz ab. Der Herr Lizentiate Mumm bemühte sich am Schlusse der Sitzung, diese Charakterisierung seines Auftretens zu bestätigen, indem er in elenlangen persönlichen Bemerkungen alle seine widerlegten Wahlmärchen noch einmal unverändert vortrug.

Von diesem Kleingefecht erhob sich Genosse Ledebour zu wuchtigen Angriffen gegen die Regierung und den Reichskanzler, dessen trübseliges Irrlicht Deutschland immer tiefer in den Sumpf der Reaktion führen möchte. Mit aller Schärfe wies er die unerhörte Anmaßung der Bureaukratie zurück, in die inneren Geschäfte des Reichstages, besonders die Präsidentenwahl hineinzureden. Gegenüber Bethmanns schroffer Ablehnung aller verfassungsmäßigen Fortschritte wies er auf Bayern hin, wo ja soeben ein der Mehrheit des Parlaments entnommenes Zentrumsministerium ernannt worden ist. Vor allem aber protestierte Ledebour namens der 7½ Millionen liberaler und sozialdemokratischer Wähler gegen die Angriffe des Reichskanzlers auf das Reichstagswahlrecht. Hat doch Herr v. Bethmann sich nicht gescheut, ein Wahlrecht zu verlangen, in dem nicht die Zahl, sondern ein anderer Maßstab, natürlich der Geldsack, entscheiden soll.

Ledebours Anklagen gegen die auswärtige Politik lockten den Herrn v. Siderlen Wächter ans Rednerpult. Er suchte abzuleugnen, daß er die Alldeutschen zu ihren törichten Kriegshetzereien veranlaßt und Lockspitzel nach Agadir geschickt hätte. Tatsache ist jedenfalls, daß er den Vorsitzenden des alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Claß dreimal empfangen und ihm gesagt hat, daß eine patriotische Aufhetzung der Bevölkerung ihm als Rückenstärkung gegen Frankreich nicht unangenehm wäre. Ein solches Spiel mit dem Feuer verdient die schärfste Mißbilligung aller ehrlichen Freunde des Weltfriedens. Man sieht an diesem Beispiel wieder einmal, welche Gefahr für ganz Europa die veralteten Weihoden der diplomatischen Unfehlbarkeit in Deutschland sind. Im übrigen suchte sich Herr v. Siderlen als Sündenbock für die „Mißverständnisse" einen Reichstagsabgeordneten aus, der „nicht mehr hier ist": der soll was Siderlen gesagt hat, verwechselt haben mit den Geheimnissen eines chauvinistischen Redakteurs. Volle Klarheit über die Marokkoaffäre könnte wohl nur eine Gerichtsverhandlung bringen, wo die Siderlen und Claß, Lattmann und Liman unter dem Eide stünden.

Einen weiteren Verteidigungsversuch für die Regierung unternahm der neue Kolonialstaatssekretär Dr. Solf, dessen Erlaß gegen die Mißstände in Samoa Ledebour als kulturwidrig gebrandmarkt hatte. Solf suchte das Verbot der Mischehen damit zu rechtfertigen, daß er behauptete, die Weißen heirateten Samoanerinnen nur aus geschlechtlichen Gründen oder um eine billige Haushälterin zu bekommen oder wegen der Mitgift, was alles dem christlichen Ideal nicht entspräche. Als man ihm unrief, daß in den herrschenden Klassen Deutschlands die Ehen auch nicht alle aus den idealsten Gründen geschlossen würden, half er sich mit dem faulen Witz, daß er nur für die Kolonien verantwortlich sei. Er wie Siderlen hatten einen starken Heiterkeitserfolg, natürlich unfreiwilliger Art.

Den Schluß der Sitzung nahm eine Auseinandersetzung zwischen dem Zentrumsabgeordneten Gröber und dem Reichsschatzsekretär Wermuth ein. Gröber hatte in seiner überaus matten und langweiligen Rede die Forderung der Regierung nach neuen Steuern rundweg abgelehnt. Darauf antwortete Wermuth mit beißendem Spott, daß ohne sie die Finanzreform von 1909 eine Schuldentilgung nicht ermöglichte. Er bestätigte also die Kritik, die von der Sozialdemokratie an dem Werke des Schnapsblocks stets geübt worden ist. Wermuth weigerte sich entschieden, wieder in die alte Pumpwirtschaft einzulenken, und höhnte das Zentrum, das aus Angst vor der Erbschaftssteuer jetzt die Grundsätze solider Finanzgebarung über den Haufen würfe, deren Aufstellung es im Wahlkampf als nationale Großtat gepriesen hätte. Mit der boshaftesten Sarkasmus fragte er, warum die Rechte, die doch angeblich zu jedem Opfer fürs Vaterland bereit sei, gerade die Interessen der reichen Erben nicht opfern wolle. Die neue Erbschaftssteuer scheint also fertig zu sein. Die Wut der Schwarzblauen darüber dürfte am Montag der Schnapsdirektor Kreth unverhüllt ausdrücken.

Die Presse über die Bethmann-Rede.

In den Zeitungen der Blauschwarzen erhält im allgemeinen die Bethmann-Rede ungefähr die Zensur: „Genügend". Ganz zufrieden ist man allerdings meist nicht, vor allem aber wirft man dem Reichskanzler vor, die Rede wäre zu spät gekommen, sie hätte vor den Wahlen gehalten werden müssen. Es wird Bethmann zu verstehen gegeben, daß er noch mancherlei zu tun hat, wenn ihm die schwarzblaue Gnadensonne strahlen soll. So schreibt die Post, die die Gelegenheit benutzt, um ihrer Sehnsucht nach einem Ausnahmegesetz Ausdruck zu geben:

Herr v. Bethmann hat den wahren Charakter der Umsturzpartei genau erkannt, und er gibt sich nicht, wie sein Vorgänger, der Illusion hin, daß die Zeit an diesem Charakterbilde jemals etwas retouchieren können werde. Leider aber unterläßt es der Kanzler infolge seines Mangels an tatfreudiger Entschlußkraft, aus dieser Erkenntnis auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Mit den kleinen Gesetzen und Gesetzchen, die Herr v. Bethmann-Hollweg gegen die Sozialdemokratie anführt, ist diese Partei praktisch nicht zu bekämpfen. Dazu bedarf es anderer Mittel, und hier eben versagt die Tatkraft dem Verstande des leitenden Staatsmannes die Gefolgschaft.

Die Deutsche Tageszeitung, die die Reichskanzlerrede als ein Meisterstück vom rhetorischen Standpunkte bezeichnet, hat begreiflicherweise mancherlei auszusetzen.

In einigen Punkten können wir dem Kanzler nicht völlig folgen, in anderen sind wir genötigt, ihm zu widersprechen. Wenn er sagte, daß im Deutschen Reiche weder radikal noch reaktionär regiert werden könne, so ist das eine Selbstverständlichkeit, die auszusprechen eigentlich nicht nötig war; mindestens hätte er den schwankenden, nebelhaften und mißverständlichen Begriff reaktionär durch einen andern ersetzen können. Wir würden es vielleicht lieber gesehen haben, wenn er nicht von den „Ultras" gesprochen hätte. Solche Ausdrücke sind in parteipolitischen Unterhaltungen und Kämpfen gebrauchsfähig, ein Staatsmann tut besser daran, sie zu vermeiden. Aber das sind mehr formelle Kleinigkeiten. Sachlich haben wir auch gegen diese Darlegungen des Reichskanzlers nichts einzuwenden. Was uns begründeten Anlaß zur Kritik gibt, sind die Sätze, die er am Eingange seiner Rede sprach. Er glaubte den Vorwurf, die Reichsregierung habe nichts zur Aufklärung über die Finanzreform getan, oder doch nicht zur rechten Zeit eingegriffen, als Legende abtun zu können. Zum Beweise dessen wies er darauf hin, daß er selbst, der Schatzsekretär und die offiziöse Presse die Notwendigkeit des Zustandekommens der Finanzreform mehrfach scharf betont haben, und daß es auch nicht unterlassen worden sei, darauf hinzuweisen, daß das Zustandekommen eine notwendige Voraussetzung der Gesundung der Reichsfinanzen gewesen sei. Das hat niemand bestritten. Was aber vermißt wurde, das war eine wirksame Aufklärung über die Haltlosigkeit und innere Unwahrhaftigkeit der Steuerhetze. Gegen diese Steuerhetze ist offiziell und offiziös kaum ein Wort gesagt worden. Das Wenige, das zur Verteidigung der Reichsfinanzreform gesagt wurde, war zu weich, zu mild, um nicht zu sagen, zu lahm, und kam zu spät."

Das Blatt der orthodoxen Pastoren, der Reichsbote, führt aus:

„Die Rede war eine gewisse Ueberraschung, sie kommt etwas zu spät! Wir hätten diese Ausführungen des Kanzlers, die in zweiten Teile eine bemerkenswerte Energie und Schärfe gegen die gesamte Linke, einschließlich der Linksnationalliberalen, zeigten, wenigstens in der offiziösen Presse gerne schon im vorigen Jahre einige Monate vor den Wahlen gesehen; sie hätten gewiß dazu beigetragen, Aufklärung im Lande herbeizuführen über den gefährlichen Charakter der Umsturzpartei. Niemand hat dem Kanzler zugemutet, die Ablehnung der Erbschaftssteuer zu verteidigen; wohl aber hätte man erwarten können, daß die Regierung der Hetze gegen die Steuern und gegen die Reform als Ganzes, an der sich alle Parteien der Linken beteiligten, mit all ihrer Autorität entgegengetreten wäre."

Sehr zufrieden mit Bethmann ist hingegen das Organ der Panzerplattenpatrioten, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die schreibt:

„Auch was den Inhalt seiner Rede anbelangt, wird derjenige der außerhalb des leidigen, haßerfüllten Parteigetriebes steht, an der maßhaften Art, sich allseits, nach rechts und links, gegen den schwarz-blauen und gegen den roten Block, zu wehren, mindestens eine ästhetische Befriedigung haben. Die Streiche fielen dagegen jene, die gegen die noch gar nicht eingebrachte Erbanfallsteuer donnern und wie Abg. Speck mit geballter Faust drohend von Enteignung reden, die Abwehr war aber nicht minder scharf gegen die bürgerliche Linke, gegen Freisinn und Nationalliberale, die die Scheidelinie, welche die Grundanschauung aller bürgerlichen Parteien von der sozialdemokratischen Staatsauffassung trennt, immer mehr ins Nebelhafte verwischen", und wir stimmen ihm aus vollem Herzen zu, wenn er die Großblockallüren der Nachfahren Bennigsens und Richters mit guten Gründen verdammte und dem revisionistischen Getue die heuchelnde Maske vom Gesicht riß."

Aehnlich äußert sich noch die der Rheinisch-Westfälischen Zeitung geistesverwandte Tägliche Rundschau, die das „Programm der Festigkeit und des eigenen Willens", das der Reichskanzler entwickelt hätte, mit Genugtuung begrüßt.

Angst vor der Erbschaftssteuer.

In Blättern des Zentrums und der Konservativen kommt eine unverkennbare Angst zum Ausdruck davor, daß dem Reichstage die Erbschaftssteuer abermals zugehen werde. Namentlich ist es die Deutsche Tageszeitung, die alle Register zieht, um der Regierung klar zu machen, daß es in der Tat auf eine Brüskierung des Reichstages hinauslaufen würde, noch einmal mit einer solchen Vorlage zu kommen. Staatssekretär Wermuth hat am Sonnabend ziemlich deutlich erklärt, daß die Vorlage trotz alledem wieder kommen werde, und er hat dabei nur bestritten, daß darin eine Brüskierung des Reichstages erblickt werden könne. Die Deutsche Tageszeitung findet dieses Vorgehen für durchaus ungewöhnlich, weil die verbündeten Regierungen selber noch nicht gesprochen haben. Die Vertreter der Reichsregierung müßten wissen, daß die Neueinbringung dieser Steuer die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien wieder aufreißen würde, und die Vertreter der Regierung hätten es in der Hand, diese Gefahr am leichtesten zu bannen, wenn sie auf die Einbringung dieser Vorlage verzichten. Das agrarische Blatt verfolgt den Plan, die übrigen Mitglieder des Bundesrats gegen die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120219/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG